



Studienabschlussarbeiten

Sozialwissenschaftliche Fakultät

Ernest, Maximilian:

Hindunationalismus und Demokratieabbau, die politische Entwicklung Indiens anhand des Umgangs mit Minderheiten

Bachelorarbeit, Sommersemester 2022

Sozialwissenschaftliche Fakultät

Ludwig-Maximilians-Universität München

<https://doi.org/10.5282/ubm/epub.93473>



Münchener Beiträge zur Politikwissenschaft

herausgegeben vom
Geschwister-Scholl-Institut
für Politikwissenschaft

2022

Maximilian Waldemar Ernest

**Hindunationalismus und
Demokratieabbau, die politische
Entwicklung Indiens anhand des
Umgangs mit Minderheiten**

Bachelorarbeit bei
Prof. Dr. Karsten Fischer
2022

Inhaltsverzeichnis:

Einleitung	3
Literaturrecherche.....	7
Theorie.....	10
Methodik.....	12
Analyse	14
Erlassung des Citizenship (Amendment) Act (CAA) im Dezember 2019	14
Islamophobe Kampagnen der BJP und des RSS	18
Die Tempel-Moschee-Kontroverse von Ayodhya	21
Aufhebung des Autonomiestatus für Kaschmir	24
Fazit	28
Schluss	30
Literaturverzeichnis	32

Einleitung

Indien wird gerade in der westlichen Hemisphäre als größte Demokratie der Welt wahrgenommen. Dazu trägt einerseits das Image bei, welches Indien selbst pflegt und durch sein Engagement in internationalen Organisationen und auf dem bilateralen Parkett der internationalen Politik auch bewusst nach außen trägt. Andererseits spielt dabei wohl auch eine mangelnde Auseinandersetzung mit den politischen und gesellschaftlichen Vorgängen innerhalb Indiens sowie seitens westlicher Politik und Gesellschaft eine nicht zu unterschätzende Rolle. Indien wird in erster Linie als geostrategischer Partner zur Eindämmung der geopolitischen Macht Chinas und als Handelspartner betrachtet. Dies ist auf den ersten Blick nicht weiter verwunderlich, da China als eine der Hauptbedrohungen für die Macht der USA und der Europäischen Union in der Welt eingeschätzt wird und der indische Markt mit seinen ca. 1,4 Mrd. Endverbraucher*innen äußerst attraktiv für wirtschaftliche Zusammenarbeit erscheint. Dazu kommt, dass das Land Indien kaum als Thema in der westlichen Öffentlichkeit präsent ist. Bis auf einzelne Meldungen zu spezifischen Ereignissen, welche meist über kaum mehr als Naturkatastrophen, Grenzzwischenfälle und Staatsbesuche berichten, ist Indien in einem Großteil der westlichen Medien ein kaum betrachtetes Themenfeld. Auch im Bereich der aktuellen Politikforschung ist Indien ein Nischenthema, welches weitab von dominanten Forschungsfeldern wie transatlantischen Beziehungen, erstarkendem Rechtspopulismus und den geopolitischen Spannungen zwischen den USA und China lediglich von einem sehr kleinen Teil der Forschung beachtet wird. Spätestens aber seit dem Amtsantritt des jetzigen Premierministers Narendra Modi am 26. Mai 2014 hätten die politischen Entwicklungen in Indien mehr Beachtung durch die internationale politische Forschung erfahren sollen. Mit Narendra Modi wurde ein Vertreter der Bharatiya Janata Party (BJP) zum Premierminister gewählt. Narendra Modi persönlich und auch seine Partei definieren sich über eine hindu-nationalistische Ideologie und politische Agenda. Damit sind die BJP und Narendra Modi dem rechten Teil des indischen Parteienspektrums zuzuordnen. Im Mai 2019 wurden Narendra Modi und das nahezu vollständig von der BJP dominierte Parteienbündnis der National Democratic Alliance (NDA) mit einem unerwartet eindeutigen Ergebnis wiedergewählt. Narendra Modi und seine von der BJP gestellte Regierung sind zum Zeitpunkt des Verfassens dieser Arbeit seit inzwischen acht Jahren im Amt und haben die politische Landschaft und auch die Gesellschaft Indiens entsprechend geprägt. Indien wird also seit acht Jahren von einer hindu-nationalistischen Partei regiert, welche ihre Politik an einer rechten Ideologie, der sogenannten Hindutva, ausrichtet. Bei der Hindutva handelt es sich um eine in den 1920er Jahren in ihrer heutigen Form entstandene Ideologie, welche nach

Savarkar, einem ihrer Vordenker, auf den drei Prinzipien Rashtra, Jati und Sanskriti (gemeinsame Nation, gemeinsame Rasse und gemeinsame Zivilisation) beruht (Wolf 2009, 134). Folglich stellt sich die Frage, welche Auswirkungen diese Regierung auf die Demokratie in Indien während ihrer bisherigen Amtszeit hatte. Wie an den drei von Savarkar aufgestellten Prinzipien bereits sichtbar wurde, ist die Bezeichnung „hindu-nationalistisch“ tendenziell eher durch „hindu-faschistisch“ zu ersetzen. Ob dies der Fall ist, gilt es in dieser Arbeit genauer zu untersuchen. Neben den angeführten Prinzipien weißt die Hindutva weitere Elemente auf, welche diese Ideologie in eine Nähe zum Faschismus und auch zum Nationalsozialismus rücken lassen. Darauf wird im Rahmen dieser Arbeit noch genauer eingegangen und eine ideologische Verwandtschaft zu den dunkelsten Kapiteln europäischer Politikgeschichte erörtert. Es ist also festzuhalten, dass Indien seit acht Jahren von einer Regierung mit einer hindu-nationalistischen bis faschistoiden Ideologie regiert wird. Welche realpolitischen Konsequenzen aus dieser Tatsache resultieren, soll diese Arbeit in einem spezifischen Kontext untersuchen. Narendra Modi, seine Partei und Unterstützer*innen haben einen klaren politischen Feind im eigenen Land identifiziert, welcher eine zentrale Rolle innerhalb ihres politischen Handelns und damit für die politiktheoretische Einordnung im Kontext dieser Arbeit spielt: Die muslimische Minderheit in Indien (Werleman, 2021). In Indien leben nach der letzten Volkszählung von 2011 ca. 172 Millionen Muslim*innen (The Hindu, 2015). Die Vision Indiens als homogenen Hindustaat „Hindustan“ ist elementarer Bestandteil der hindu-nationalistischen Agenda der Regierung und damit Teil der Ideologie Narendra Modis (Wagener und Arora, 2020). In dieser Vision des indischen Staates gibt es keinen Platz für eine große, gleichberechtigte muslimische Minderheit. Narendra Modis persönliche Einstellung gegenüber besagter Minderheit zeigte sich schon während seiner Amtszeit als Chief Minister des indischen Bundesstaates Gujarat von 2001 bis 2014. Während der Unruhen im Jahre 2002 nach einem Anschlag auf einen Zug in dem Hindu Pilger*innen saßen, wies Narendra Modi die Sicherheitskräfte und das Militär an, mit Gewalt gegen gewalttätige muslimische Gruppen vorzugehen, wobei den nicht minder brutalen Hindu-Gruppierungen freie Hand zu lassen sei (Reifeld, 2003). Aufgrund seines Verhaltens während dieser Unruhen und der daraus resultierenden Mitschuld am Tod hunderter Menschen wurde Narendra Modi bis 2014 international geächtet und seitens der EU und der USA mit einem Einreiseverbot belegt (Nissel, 2018). Allerdings wurde dieses Verbot aufgehoben, sobald absehbar war, dass Narendra Modi die Wahl 2014 gewinnt. Hieran ist die Halbherzigkeit, mit der der Westen im Falle eines Hindunationalisten agiert, klar erkennbar. Gleichzeitig gibt es neben der BJP unter der Führung Narendra Modis einen weiteren Akteur, welcher sich radikal

an der Ideologie der Hindutva orientiert und sich unter der Regierung Modi in führenden politischen Ämtern etablieren konnte, nämlich den Rashtriya Swayamsevak Sangh (RSS). Der RSS hat seine Ursprünge in den 1920er Jahren und entstand aus dem Umfeld von M. S. Golwalkar, welcher ein weiterer Vordenker der Hindutva war (Sharma, 2007). Ursprünglich als eine Art Kulturverein gegründet, begann sich die RSS unter dem Einfluss Golwalkars in den 1930er Jahren zu einer mit Hitler und Mussolini in Kontakt stehenden radikalen politischen Organisation zu entwickeln, welche unter den Prämissen der Hindutva und orientiert an dem Vorgehen und dem politischen Selbstverständnis des faschistischen Italiens und nationalsozialistischen Deutschlands ihre eigene politische Agenda formulierte (Leidig, 2020). Inzwischen bestehen engste Verflechtungen zwischen RSS und BJP, was sich auch anhand der personellen Besetzung der Kabinette Narendra Modis aufzeigen lässt. So haben über 70% der Minister*innen im zweiten Kabinett Modi einen RSS-Hintergrund (Pandey und Arnimesh, 2020). Die Einstellung des RSS gegenüber der muslimischen Minderheit lässt sich sehr gut anhand eines Zitates ihres Vordenkers Golwalkar abbilden: „The non-Hindu people of Hindustan must either adopt Hindu culture and languages, must learn and respect and hold in reverence the Hindu religion, must entertain no idea but of those of glorification of the Hindu race and culture [...] in a word they must cease to be foreigners; or may stay in the country, wholly subordinated to the Hindu nation, claiming nothing, deserving no privileges, far less any preferential treatment—not even citizens' rights.” (Guha, 2008: 19) Die Verbindungen zwischen dem RSS und der BJP sind in der Forschung bereits recht gut untersucht (vgl. u.a. Noorani, 2000; Jaffrelot, 2015; Pal, 2016) und somit nicht Hauptfokus dieser Arbeit.

Durch die Ideologie und das politische Handeln der amtierenden Regierung ergibt sich folgende Forschungsfrage: „Weißt der Umgang der indischen Regierungspartei BJP mit der muslimischen Minderheit in Indien seit dem Jahr 2014, im ideologischen und realpolitischen Bereich faschistoide Tendenzen auf?“ Die Beschränkung der Analyse auf die muslimische Minderheit in Indien begründet sich darin, dass diese den ideologischen „Hauptfeind“ sowohl der BJP, des RSS und auch der Person Narendra Modi darstellt, wie oben bereits ausgeführt. Somit lässt sich die ideologische Komponente des politischen Handelns der Regierung Modi am besten anhand des Umgangs mit diesem „Feind“ untersuchen. Außerdem haben die international umstrittensten Entscheidungen Narendra Modis, welche das politische Geschehen in Indien in den letzten acht Jahren geprägt haben, stets einen Bezug zur muslimischen Minderheit. Vorweg seien hier beispielsweise die Änderung des Status des Bundesstaates Jammu und Kaschmir sowie die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts zu

nennen. Die Beschränkung des Themas dieser Arbeit auf ein für eine Bachelorarbeit beherrschbares Maß ist ein weiterer Grund für die mit der Formulierung der Forschungsfrage verbundene Eingrenzung des Umfangs der durchzuführenden Untersuchung. Gleichzeitig ermöglicht die Fokussierung auf den Umgang der Regierung Modis mit der muslimischen Minderheit eine genauere Untersuchung des politischen „Feindes“ der BJP und damit eines der wesentlichsten Punkte für das Agieren möglicherweise faschistoider Akteur*innen.

Literaturrecherche

Die theoretische Grundlage für diese Arbeit liefert die Faschismustheorie. Dabei ist anzumerken, dass es sich bei Faschismus um ein in seiner Definition umstrittenes Phänomen handelt (Payne, 2001). Deshalb werden in dem folgenden Theorieteil verschiedene mögliche Definitionen erörtert und diskutiert. Nach der Erörterung möglicher Definitionen wird eine Definition herausgearbeitet, welche dann im Analyseteil der Arbeit verwendet wird.

Als erstes steht die Option, die BJP als mögliche faschistische Partei zu definieren, im Raum. Wippermann charakterisiert nach der realtypischen Definition faschistische Parteien als: „[Parteien] die hierarchisch nach dem Führerprinzip gegliedert sind, über uniformierte und bewaffnete Abteilungen verfügen und einen spezifischen politischen Stil verwenden, wobei auf Massenaufmärschen und -kundgebungen der jugendliche und zugleich männliche Charakter der Faschisten betont und ihr „Führer“ verherrlicht wird.“ (Wippermann 2011: 5). Diese Definition ist für die BJP hilfreich, da sowohl der Personenkult, als auch die uniformierte und bewaffnete Abteilung in Form der Rashtriya Swayamsevak Sangh (RSS) existieren und Massenkundgebungen und maskuline Dominanz ebenfalls feste Bestandteile der politischen Kultur und Aktivität der BJP sind. Folglich kann angenommen werden, dass im Rahmen dieser Arbeit eine Identifikation aller Teilaspekte dieser Faschismusdefinition bei der BJP möglich wäre. Allerdings kritisiert Wippermann, diese realtypische Definition sei zu sehr auf den italienischen Ursprung des Faschismus fokussiert, sodass es nicht möglich wäre, faschistische Strömungen, die von dieser engen Definition abweichen, mit zu erfassen (Wippermann 2011: 6). Wippermanns Kritik ist berechtigt, sie spielt allerdings wegen der soeben begründeten Kompatibilität der realtypischen Faschismusdefinition mit den Strukturen der BJP für den in dieser Arbeit zu untersuchenden Fall keine Rolle. Jedoch ist diese Definition für die hier zu verfassende Analyse nicht ausreichend, denn Wippermanns Definition geht nicht über die BJP hinaus und ist damit auf das Handeln der Regierung Modi bezogen nicht umfassend genug. Darüber hinaus hat der Personenkult um Narendra Modi noch nicht die Ausmaße angenommen, wie dies beispielsweise bei Mussolini der Fall war (Gottschlich, 2021).

Einen weiteren interessanten Ansatz für eine mögliche theoretische Grundlage dieser Arbeit hat Barrington Moore geliefert. Der von Moore verfolgte Ansatz, dass das Entstehen des Faschismus mit der Transformation eines Landes von einer Agrargesellschaft hin zu einer Industrienation einhergehe, ist für den indischen Kontext ebenfalls eine mögliche Erklärungsbasis, da diese Transformationsphase in Indien nach wie vor stattfindet. Der

kapitalistisch-reaktionäre Weg, den Deutschland und Japan eingeschlagen haben, welcher in beiden Fällen eine konservative Allianz aus bürgerlicher Mittelschicht und Oberschicht hervorbrachte, die die Machtübernahme durch einen faschistischen Demagogen begünstigte (Moore 1993), wäre auch ein Argument, welches im Kontext dieser Arbeit einige interessante Punkte für sich hat. Auch Narendra Modi bezieht einen Großteil seiner Unterstützung aus der Ober- und Mittelschicht. Dabei kommen die Multimilliardär*innen aus Gujarat und die bürgerliche Hindu-Mittelschicht in allen mehrheitlich von Hindus bewohnten Städten Indiens in Frage, welche durch ihr Vermögen und ihren politischen Einfluss einen wichtigen politischen Rückhalt für Narendra Modi und seine Regierung bilden. Sofern man die wirtschaftliche und gesellschaftliche historische Entwicklung von Ländern seit der industriellen Revolution als Evolution von Agrarstaaten hin zu Industriestaaten betrachten will, wäre Moores Ansatz ebenfalls sehr hilfreich. Allerdings besteht in Bezug auf Indien eine entscheidende Schwäche bei der Theorie Moore's: Indien hat in seiner Entwicklung nie eine Industrialisierung in dem Maße erfahren, wie dies bei europäischen Ländern der Fall war. Der Hauptwirtschaftsfaktor Indiens ist der Dienstleistungssektor und keine Industrie, welche ein entsprechendes Proletariat in der Transformationsphase hervorbringen würde. Außerdem wäre ein Vergleich der Entwicklung europäischer faschistischer Staaten in den 1920er und 1930er Jahren mit dem Indien des 21. Jahrhunderts wohl kaum belastbar. Abschließend kann aus historischer Perspektive kritisiert werden, dass Italien erst nach Ende des Zweiten Weltkrieges und damit nach Ende der faschistischen Herrschaft zu einer Industrienation wurde.

Payne schafft unter dem Verweis auf die Unzulänglichkeiten ausformulierter Faschismusdefinitionen eine Definition durch typologische Beschreibung des Faschismus. Dabei argumentiert Payne, dass es sich bei Faschismus um eine Ideologie handelt, welche in ihrem einzelnen, landesspezifischen Auftreten sehr unterschiedliche Ausprägungen, Prämissen und Anwendungsformen annimmt und damit nicht einfach allgemein definiert werden kann (Payne, 2014). In seiner Definition durch typologische Beschreibung des Faschismus gliedert Payne den Faschismus in drei Überkategorien auf. Die drei Überkategorien sind Ideologie und Ziel, Negationen und Politikstil sowie politische Organisation. Diesen Überkategorien unterstehen einzelne Eigenschaften. Zum Beispiel werden für die Kategorie „Ideologie und Ziel“ die Eigenschaften Expansionismus und Glorifizierung von Gewalt und Krieg gelistet. Die Negationen umfassen unter anderem die ablehnenden Haltungen gegenüber politischen, ethnischen oder religiösen Gruppen wie Antikommunismus oder Antisemitismus, während Politikstil und politische Organisation beispielsweise eine extreme maskuline Dominanz und Mobilisierung der Massen beinhalten

(Payne, 2014). Durch diese typologische Definition hat Payne sicher eine der am vielseitigsten anwendbaren Faschismusdefinitionen geliefert. Leider liegt genau in dieser Vielfältigkeit der Bewertungskriterien der Grund, wieso Payne sich nicht optimal als theoretische Grundlage für diese Arbeit eignet. Es wäre schlicht nicht realisierbar, im Vorfeld der Analyse eine typologische Einordnung der BJP, Narendra Modis und deren Verknüpfung mit realpolitischen Handlungen durchzuführen. Folglich ist die Theorie Payne's für diese Arbeit nicht praktikabel.

Somit wird eine andere Faschismusdefinition als theoretische Grundlage für die spätere Analyse ausgewählt, welche sich sowohl logisch in den ideologischen Kontext der Hindutva einbetten lässt, als auch zugleich für den begrenzten Umfang dieser Forschungsarbeit geeignet ist.

Theorie

Die für diese Arbeit als besonders geeignet erscheinende Definition stammt von Paxton: „Faschismus kann definiert werden als eine Form politischen Verhaltens, das gekennzeichnet ist durch eine obsessive Beschäftigung mit Niedergang, Demütigung oder Opferrolle einer Gemeinschaft und durch kompensatorische Kulte der Einheit, Stärke und Reinheit, wobei eine massenbasierte Partei von entschlossenen nationalistischen Aktivisten in unbequemer, aber effektiver Zusammenarbeit mit den traditionellen Eliten demokratische Freiheiten aufgibt und mittels einer als erlösend verklärten Gewalt und ohne ethische oder gesetzliche Beschränkungen Ziele der inneren Säuberung und der äußeren Expansion verfolgt.“ (Paxton, 2006: 139). Die obsessive Beschäftigung mit Niedergang, Demütigung oder Opferrolle lässt sich auf das Narrativ der BJP beziehen, das die muslimische Minderheit im Land als eine Gefahr für die Hindu-Mehrheit darstellt. Dabei enthält das Narrativ die pauschale Vorverurteilung von Muslim*innen als Terrorist*innen genauso, wie beispielsweise die Verschwörungstheorie, dass die muslimische Minderheit sich mit Kinderreichtum langfristig in die Mehrheit bringen will und muslimische Männer mit dieser Motivation gezielt Hindu-Frauen suchen würden (Frøystad, 2021). Die generelle Darstellung von muslimischen Männern als Bedrohung und das Schüren jeglicher Form von noch so unbegründeten Ängsten gegenüber den „bösen“ Muslimen ist in der BJP und ihrem politischen Umfeld ein seit Jahrzehnten bekanntes Phänomen (Anand, 2005). Die kompensatorischen Kulte der Einheit, Stärke und Reinheit, die Paxton nennt, lassen sich bereits in Form der drei in der Einleitung genannten Prinzipien der Hindutva nach der Prägung Savarkars erkennen. Rashtra, Jati und Sanskriti stehen für genau diese drei Prinzipien und werden sowohl von der BJP als auch des RSS aktiv in die Bevölkerung transportiert. Dies geschieht auf Massenveranstaltungen der Partei (Chatterjee, 1994) und in Kampagnen des RSS (Andersen und Shridhar, 2019), wodurch der nächste Teil der Faschismusdefinition Paxtons hinsichtlich der „massenbasierten Partei von entschlossenen nationalistischen Aktivisten“ als auf Indien zutreffend betrachtet werden kann. Die Zusammenarbeit mit traditionellen Eliten, welche Paxton nennt, ist auf den ersten Blick nicht so offensichtlich, jedoch bei genauerer Betrachtung klar identifizierbar. Neben Narendra Modis Verbindungen zu den „Superreichen“ Gujarats (Worth, 2018) ist das Kastensystem in der hindu-nationalistischen Betrachtung der BJP immer noch ein Bestandteil der indischen Gesellschaft, und die traditionellen Eliten stellen nach wie vor die höheren Kasten (Bhardwaj et al., 2021). Gerade die oberen Kasten gehören aber zu einer der treuesten Wählerschaften der BJP (Jaffrelot, 2019). Somit bleibt nur noch die verklärte Gewalt, welche jenseits von Ethik und Gesetz zur inneren Säuberung und äußeren Expansion aufruft. Die

Ausmaße der Gewalt, zu denen Narendra Modi und seine Unterstützer*innen zur „Säuberung“ von Muslim*innen fähig sind, wurden in dieser Arbeit bereits im Kontext der Unruhen in Gujarat aufgezeigt. Im Bereich der äußeren Expansion lässt sich seitens der BJP eine verhärtete Feindschaft mit Pakistan und China feststellen, welche in Form von Grenzkonflikten und deren propagandistische Kommunikation in die indische Gesellschaft hinein ausgetragen wird (Neyazi, 2020). Gleichzeitig sehen die Hindutva und radikale Vertreter der BJP und RSS nahezu die gesamten Gebiete dessen, was ehemals Britisch-Indien war, als eigentliches Territorium des angestrebten homogenen Staates „Hindustan“. Indien besitzt aktuell natürlich nicht einmal im Ansatz die notwendige militärische Stärke, um diese Gebiete einzunehmen. Deshalb werden diese Ansprüche auch immer nur im Kontext spezifischer Konflikte, sei es in Kaschmir oder Arunachal Pradesh, genannt. Wo es aber der BJP möglich erscheint, Territorien unter indische Kontrolle zu bringen, ist militärische Gewalt stets eine Option (Vanaik, 2002).). Somit ist die gesamte Faschismusdefinition Paxtons auf den hier zu untersuchenden Fall angewendet. Auch wenn die Faschismusdefinition Paxtons auf den ersten Blick etwas sperrig wirkt, lässt sie sich hervorragend auf die BJP, Modi und den RSS anwenden. Um dies zu veranschaulichen, wird im Folgenden die Definition Paxtons auf den Kontext dieser Arbeit verwendet. Vor diesem theoretischen Hintergrund soll nun eine Beurteilung der politischen Handlungen der Regierung Modi seit 2014 auf der ideologischen Ebene erfolgen. Diese Definition von Faschismus legt also für die spätere Analyse den Maßstab fest, ob das Agieren der indischen Regierung in den untersuchten Fällen als faschistoid beurteilt werden kann. Um die Analyse entsprechend durchführen zu können, wird im Folgenden die dafür notwendige Methodik erarbeitet.

Methodik

Um das Vorhandensein faschistoider Tendenzen im ideologischen und realpolitischen Handeln der Regierung Modi seit dem Jahr 2014 überprüfen zu können, stellt sich das methodische Vorgehen dieser Arbeit wie folgt dar. Es handelt sich bei dem hier beschriebenen Forschungsprojekt um eine qualitative Policy-Analyse, welche durch eine normative Bewertung ideologischer Motivationen und realpolitischer Handlungen eines Akteurs, nämlich der indischen Regierung seit dem Jahr 2014, die Einordnung dieser ideologischen und realpolitischen Gegebenheiten in das Theoriegeflecht der Faschismustheorie vornimmt. Dafür werden zuerst die jeweiligen Entscheidungen in ihrer Art und Wirkung analysiert, um anschließend einen Bezug zwischen politischer Handlung und dahinterstehender Ideologie herstellen zu können. Auch besteht die Möglichkeit, dass ein politisches Handeln zwar aus seiner ideologischen Motivation heraus faschistoid ist, aber die eigentlich politische Handlung selbst aufgrund von äußeren Faktoren wie Macht, politische Umsetzbarkeit etc. keine faschistoiden Tendenzen aufweist. Die Begrifflichkeit „faschistisch“ wird in der vorliegenden Arbeit derart verwendet, dass einzelne Handlungen und ideologische Elemente als faschistisch bezeichnet werden. Da diese Bezeichnung nur für den spezifisch untersuchten Fall Gültigkeit besitzt, wird die Bezeichnung „faschistoid“ gebraucht, wenn es um die Gesamtbeurteilung des Handelns der Regierung Modi geht. Als H1-Hypothese ergibt sich also: Es sind faschistoide Tendenzen im ideologischen und realpolitischen Handeln der Regierung Modi im Umgang mit der muslimischen Minderheit seit dem Jahr 2014 identifizierbar. Der H1-Hypothese gegenüber steht die H0-Hypothese, dass keine faschistoiden Tendenzen im ideologischen und realpolitischen Handeln der Regierung Modi im Umgang mit der muslimischen Minderheit seit dem Jahr 2014 identifizierbar sind. Hinsichtlich der Ideologie wurde vor der Analyse im Theorieteil der Arbeit eine Definition des Faschismus nach Paxton ausgewählt, welche im Folgenden als Beurteilungsgrundlage dafür dient, ob die politischen Handlungen und ihre ideologischen Hintergründe als faschistoid bewertet werden können. Für die Auswahl der zu untersuchenden politischen Handlungen der Regierung Modis werden folgende Kriterien festgelegt:

1. Die politischen Handlungen betreffen in ihrer Wirkung besonders die muslimische Minderheit.
2. Die politischen Handlungen haben gravierende Auswirkungen auf das Leben und die politisch-gesellschaftlichen Partizipationsmöglichkeiten der muslimischen Minderheit.

3. Die politischen Handlungen stehen im Einklang mit der hindu-nationalistischen Agenda Narendra Modis und der BJP und lassen in ihrer Form ideologische Motive erkennen.

4. Die politischen Handlungen gehen von politischen Amtsträger*innen der BJP aus und erfolgen mit Akzeptanz oder unter direkter Federführung der indischen Zentralregierung unter Narendra Modi.

Diese Kriterien dienen einerseits dazu, die Menge an zu untersuchenden politischen Handlungen auf ein beherrschbares Maß zu reduzieren. Andererseits soll die Auswahl an zu untersuchenden politischen Entscheidungen eng genug an die Forschungsfrage und die daraus resultierenden Hypothesen geknüpft werden. Gleichzeitig erlaubt diese Herangehensweise eine adäquate Einbindung der später erläuterten Kaschmir-Thematik in diese Arbeit. Diese Thematik einzubinden wäre anders nur schwer möglich gewesen, da auch frühere, nicht von der BJP gestellte indische Regierungen einen teilweise autoritären und diskriminierenden Politikstil gegenüber der lokalen muslimischen Bevölkerung an den Tag legten (Widmalm, 1997). Selbstverständlich fällt unter diese Kriterien eine Vielzahl weiterer Ereignisse. Für die Analyse im Rahmen dieser Arbeit wurden die als am prägnantesten erachteten vier politischen Aktionen der Regierung Modis herausgegriffen. Als Quellengrundlage werden unter anderem Primärquellen in Form von Parteibüchern, Publikationen aus dem Kreis des RSS, Gesetzesvorlagen und Exekutiventscheidungen herangezogen. Auch die Bewertung und Einordnung der Geschehnisse innerhalb Indiens durch Zeitungsartikel und Forschungsarbeiten von Wissenschaftler*innen bildet einen großen Anteil der Quellen, welche die Informationsgrundlage für die Umsetzung der Policy-Analyse darstellen. Die Auswahl der Quellen erfolgt stets in direktem Bezug zu den untersuchten politischen Handlungen. Dadurch soll ein möglicher Bias durch eine einseitige Quellenwahl vermieden werden. Ebenfalls kann es durch mögliche Parallelen zwischen den politischen Entwicklungen in Indien und der Entstehung faschistischer Regierungen der Vergangenheit ein vergleichender Aspekt entstehen. In den Fällen, in denen sich historische Vergleiche im Zuge der Erarbeitung dieses Forschungsprojektes anbieten, werden sie differenziert und theoriebasiert dargestellt. Allerdings ist dies nur ein Nebenaspekt, welcher der Überprüfung der Thesen und damit der Beantwortung der Forschungsfrage dient, aber nicht einen Hauptfokus dieser Arbeit darstellt. Aus der angestrebten methodischen Vorgehensweise resultiert eine Konzentration auf den Bereich des Verstehens der untersuchten politischen Sachverhalte und es liegt damit keine Generalisierbarkeit der Forschungsergebnisse vor.

Analyse

Im folgenden Analyseteil werden vier ausgewählte politische Handlungen der Regierung Modi seit dem Jahr 2014 auf realpolitischer und ideologischer Ebene auf faschistoide Tendenzen untersucht. Sie wurden nach den oben genannten vier Kriterien ausgewählt und werden nun im Einzelnen erläutert. Nach einer allgemeinen Beschreibung der politischen Handlung werden jeweils zuerst die realpolitische Komponente und darauffolgend die ideologische Dimension untersucht. Voranzustellen ist, dass die hier getroffene Auswahl der politischen Handlungen keinesfalls einen Anspruch auf Vollständigkeit hinsichtlich einer Abbildung der politischen Gesamtstrategie der Regierung Modi erhebt. Zweifellos erkennbar ist jedoch der eklatante Einfluss dieser politischen Entscheidungen auf das Leben der muslimischen Minderheit innerhalb Indiens und der dadurch bestehende enge Bezug zur Agenda der Regierung Modi.

Erlassung des Citizenship (Amendment) Act (CAA) im Dezember 2019

Am 11. Dezember 2019 verabschiedete das indische Parlament, die Lok Sabha, die Gesetzesvorlage Bill No. 370 of 2019 „THE CITIZENSHIP (AMENDMENT) BILL“, eine Änderung des Citizenship Acts von 1955, welcher unter anderem das Recht auf die indische Staatsbürgerschaft regelt. Diese Gesetzesänderung erlaubt es Geflüchteten aus Pakistan, Bangladesch oder Afghanistan, welche vor dem 01.01.2015 nach Indien ohne entsprechende Ausweisdokumente eingereist sind, die indische Staatsbürgerschaft zu beantragen und bewertet sie gleichzeitig nicht mehr als sich illegal im Land aufhaltende Personen. Jedoch gilt dieses Gesetz lediglich für Angehörige der folgenden Religionsgemeinschaften: Hindu, Sikh, Buddhist, Jain, Parsi und Christen (Absatz 1-3, The Citizenship (Amendment) Bill). In den an das Gesetz angehängten „STATEMENT OF OBJECTS AND REASONS“ wird als Begründung für diese Regelung angegeben, dass aufgrund der Verankerung des Islams als Staatsreligion in Pakistan, Bangladesch und Afghanistan diese religiösen Minderheiten in den genannten Ländern diskriminiert und verstärkt zur Migration gezwungen wurden. Daraus folgt zwangsläufig, dass für die indische Regierung die muslimischen Mehrheiten in den drei Ländern die Täterrolle einnehmen und somit muslimisch Gläubigen nicht das gleiche Recht zugesprochen wird. Gleichzeitig lässt eine weitere Formulierung erkennen, dass Gebiete, welche heute zu Pakistan, Bangladesch und Afghanistan gehören, im Auge der indischen Regierung historisch eigentlich Teil des „ungeteilten“ Indiens sind: „It is a historical fact that trans-border migration of population has been happening continuously between the territories

of India and the areas presently comprised in Pakistan, Afghanistan and Bangladesh. Millions of citizens of undivided India belonging to various faiths were staying in the said areas of Pakistan and Bangladesh when India was partitioned in 1947” (STATEMENT OF OBJECTS AND REASONS, THE CITIZENSHIP (AMENDMENT) BILL). Eingebracht wurde das Gesetz durch den indischen Innenminister Amit Shah, welcher selbst innerhalb der BJP als Hardliner und prominenter Anhänger der radikalen Hindutva gilt (Wallace, 2020). Nachdem das Gesetzesvorhaben bekannt wurde, gab es massive Proteste seitens prominenter Oppositioneller, Angehörigen der muslimischen Minderheit in Indien und an Universitäten. Der Ursprung der Protestbewegung liegt im östlichen Bundesstaat Assam, welcher mit vielen geflüchteten Rohingya aus Myanmar und muslimischen Geflüchteten aus Bangladesch besonders viele Menschen beheimatet, die durch den CAA diskriminiert werden. Daraufhin breiteten sich Demonstrationen auf das gesamte Land aus und erfassten unter anderem die Hauptstadt Delhi (Serhan, 2019). Bald kam es im Rahmen der Protestaktionen zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Demonstrierenden und der Polizei und später auch zu Unruhen, bei denen sich Muslime und Hindus gegenseitig bekämpften. Während der Proteste ließen die zuständigen, von der BJP geführten Regierungen der Bundesstaaten und die Zentralregierung, welche für die Verwaltung des National Capital Territory of Delhi zuständig ist, die Demonstrationen gewaltsam unterdrücken. Es wurden Versammlungsverbote erlassen, die digitale Kommunikation weitestgehend unterbunden und man ließ die Sicherheitskräfte brutal und stellenweise auch unter Schusswaffeneinsatz gegen Demonstrierende vorgehen (Bhushan, 2021). Dabei spielte die BJP auch in den Augen internationaler Beobachter eine entscheidende Rolle bei der gewaltsamen Unterdrückung der Proteste gegen den CAA, insbesondere hinsichtlich des Einsatzes tödlicher Polizeigewalt: "Police have used excessive force only against demonstrators protesting the law, including many students. All the deaths have occurred in states governed by the ruling Bharatiya Janata Party (BJP)." (Human Rights Watch, 2019). Gleichzeitig organisierte die BJP, der RSS und ihnen nahe stehende rechte Hindutva-Gruppierungen Märsche und Demonstrationen für den CAA. Dabei wurden offen muslimfeindliche Parolen skandiert und der CAA als Maßnahme zum Schutz Indiens vor „Verrätern und Eindringlingen“ dargestellt (The New Indian Express, 2019). Neben einer oberen zweistelligen Zahl an Todesopfern gingen die Anzahl an Verletzten und Verhafteten in die Tausende (Roy et. al, 2021). Mitglieder der BJP und des RSS haben sich maßgeblich im Rahmen der Aktionen für den CAA beteiligt und waren ebenfalls an den gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Hindus und Moslems in den Städten beteiligt. Dabei übernahmen sie teilweise führende Funktionen innerhalb der

gewaltsamen Aktionen, und auch eine Zusammenarbeit mit staatlichen Sicherheitskräften ist im Rahmen der Vernetzung der BJP und des RSS in den indischen Staatsapparat als gegeben zu betrachten. Dies ist nicht weiter verwunderlich, da sowohl BJP als auch der RSS seit Jahren eine Militarisierung ihrer internen Strukturen und der von ihnen beeinflussten staatlichen Organe betreiben (Bhatia, 2021). Auf realpolitischer Ebene erfüllen die Vorgänge und der Inhalt des CAA einige der von Paxton definierten Elemente des Faschismus. Der Ausschluss von Muslim*innen aus der vom CAA betroffenen Gruppe der Geflüchteten hinsichtlich der Möglichkeit, die indische Staatsbürgerschaft zu erlangen, kann als kompensatorischer Kult der Reinheit im Rahmen der Faschismusdefinition Paxtons und dem Prinzip Jati (Rasse) der Hindutva verstanden werden. Auch lässt sich ein Kontext zwischen der teilweise organisierten Gewalt seitens Sympathisant*innen der BJP und des RSS gegenüber der Protestbewegung gegen den CAA und dem brutalen Vorgehen von Sicherheitsorganen unter Führung von BJP Amtsträger*innen und Paxtons Definition herstellen. Die Zusammenarbeit mit traditionellen Eliten besteht hierbei einerseits in Form von Führungspersonen aus höheren Kasten und andererseits in der Bereitschaft des Militärs, welches in Indien lange Zeit säkular orientiert war, die gewaltsame Niederschlagung des Protestes mitzutragen (Khalidi, 2001). Auch das Element der inneren Säuberung ist im Falle des CAA offensichtlich, indem man der „feindlichen“ Gruppe im eigenen Land teilweise den Zugang zur Staatsbürgerschaft verwehrt. Dass der CAA eine Aufgabe demokratischer Freiheiten beinhaltet, ist ebenfalls offensichtlich. Ohne Staatsbürgerschaft haben die Betroffenen keinerlei Möglichkeit, elementare demokratische Rechte wahrzunehmen. Dazu gehört sowohl das Wahlrecht als auch der Zugang zum staatlichen Gesundheits- und Sozialsystem, sodass hier einer Gruppe grundlegendste Rechte verwehrt werden. Durch die Begründung der indischen Zentralregierung für den Erlass des CAA, dass Muslim*innen in den betreffenden Ländern nicht zur Flucht gezwungen gewesen sein können, da der Islam dort Staatsreligion sei, wird die Opferrolle für die durch den CAA bevorzugten Angehörigen der anderen Religionsgemeinschaften reklamiert. Da diese zumeist Angehörige von Hindu-Gemeinschaften sind, wird hier ein Beispiel dessen offensichtlich, was Paxton als „obsessive Beschäftigung mit Niedergang, Demütigung oder Opferrolle“ (Paxton, 2006: 139) bezeichnet. Die aus dem ungeteilten Indien stammenden Hindus würden durch feindlich gesinnte Muslim*innen in Schande aus ihrer Heimat in das als zu klein betrachtete heutige Indien vertrieben werden; soweit zumindest das Narrativ der BJP, welches hier mitschwingt. Darauf, dass dieses Narrativ ein massiv verzerrtes und vereinfachtes Bild der historischen Realitäten ergibt, muss hier nicht weiter eingegangen werden. Auf der ideologischen Ebene lassen sich

noch deutlichere Bezüge zwischen dem Handeln der indischen Regierung im Rahmen des CAA und dessen, was Paxton als Faschismus definiert, herstellen. Da das offensichtliche Ziel des CAA der Ausschluss muslimischer Menschen von der indischen Staatsbürgerschaft ist und die indische Verfassung eigentlich einen säkularen Staat vorgibt (Chandrachud, 2020), lässt sich hier ein Schritt hin zu einem von der Hindutva angestrebten Hindu-Staat identifizieren. Hierbei spielt die Ansicht des Hindutva-Vordenkers Golwalkar eine Rolle, wobei Menschen, die nicht dem Hinduismus oder einer seiner als angestammt betrachteten Glaubensrichtungen angehören, in einem anzustrebenden „Hindustan“ höchstens als assimilierte und geduldete, aber rechtlose Bürger*innen existieren dürfen. Wenn man bedenkt, dass allein im Bundesstaat Assam 1,9 Millionen Menschen durch den CAA in Kombination mit dem im August 2019 beschlossenen National Register of Citizens of India (NCR) die endgültige Staatenlosigkeit droht (Kalantry und Tarafder, 2021), lässt der Gesetzesbeschluss die klare Absicht erkennen, die Hindutva in ihrer ursprünglichen Form in die Tat umzusetzen. Denn bei diesen 1,9 Millionen Menschen handelt es sich ausschließlich um Muslim*innen, die im Zeitraum von zwei Generationen aus den Nachbarländern Bangladesch und Myanmar nach Assam gelangten (Shahid und Turner, 2022). Durch den CAA und das NCR wurden diese Menschen entrechtet und können nun jederzeit durch ihren zwangsläufigen Status als sich illegal im Land aufhaltende Menschen in sogenannte „detention camps“ der indischen Zentralregierung inhaftiert werden und dort auf ihre Abschiebung warten. Jedoch nehmen Bangladesch und Myanmar¹ diese Menschen ebenfalls nicht als ihre Staatsbürger*innen wahr, sodass die Inhaftierung in den genannten Lagern zeitlich unbestimmt ist. Gleichzeitig beklagen sich Insassen über unmenschliche Haftbedingungen (Laskar, 2019). Sofern dieser Prozess tatsächlich für alle Menschen durchgeführt wird, gegen die man dafür nun eine rechtliche Handhabe hat, kann durchaus von einer ideologisch motivierten ethnischen Säuberung die Rede sein. Gleichzeitig steht zu befürchten, dass gerade der amtierende indische Innenminister Shah diesen Mechanismus der Entrechtung einer Vielzahl muslimischer Bewohner*innen mit Wurzeln in Bangladesch, Pakistan, Afghanistan oder Myanmar ausweitet (Choudhury und Rathgeber, 2021). Diese Ambitionen unterstreichen die ideologische Komponente der verabschiedeten Gesetze und legen einen klaren Zusammenhang mit der Hindutva offen.

¹ Geflüchtete aus Myanmar fallen zumeist nicht unter den CAA. Allerdings besitzen sie durch das fehlende Recht sich im NCR zu registrieren ebenfalls nur den Status als illegale Migrant*innen. Auch nimmt Myanmar keine Angehörigen der muslimischen Rohingya von Indien an, da sie auch nicht als myanmarisch gesehen werden (Friedberg, 2020).

Islamophobe Kampagnen der BJP und des RSS

Seit Amtsantritt der Regierung Modi im Jahre 2014 erfolgten mehrere Hass- und Desinformationskampagnen aus dem Umfeld des RSS und der BJP. Diese haben das Ziel, Islamophobie in die Breite der indischen Gesellschaft zu tragen und die muslimische Minderheit und insbesondere deren männliche Angehörige zu diffamieren. Im Folgenden werden nun einige davon vorgestellt und in ihrem Ursprung und der dahinter stehenden politischen Agenda und Ideologie analysiert. Im ersten Moment liegt der Eindruck nahe, dass politische Hasskampagnen im Internet Teil einer traurigen Realität in vielen Demokratien sind. Hierbei gilt es aber zu beachten, dass Indien eine staatliche Internetzensur betreibt und die Regierung soziale Netzwerke und deren Inhalte massiv beeinflussen kann, sowie eine Vielzahl von Websites sperren lässt (Yadav et al., 2018). Sofern nun der in Indien frei zugängliche Teil des Internets derlei hetzerische Inhalte in Masse zulässt, gleichzeitig aber kritische Inhalte gegenüber der BJP, der Person Narendra Modi oder dem Hindu-Nationalismus von staatlicher Stelle aus gelöscht werden, muss angenommen werden, dass dahinter eine von Regierungsseite ausgehende Methodik besteht. Hierbei geht es einerseits um die Informationshoheit gegenüber der Bevölkerung, andererseits aber auch um die Einschränkung des Handlungsspielraums für die Opposition. Auch in der restlichen Medienlandschaft Indiens lässt sich der politische Einfluss kaum übersehen. Es gibt in Indien inzwischen kaum mehr neutrale Medien. Durch enge Verbindungen zwischen Spitzenfunktionär*innen und Politiker*innen und den großen Medienmogul*innen besteht der Großteil der indischen Medienlandschaft nur noch aus entweder Pro-BJP oder Pro-Oppositionellen Medien. Eine unabhängige neutrale Berichterstattung findet kaum mehr statt und die an der BJP - und damit politisch rechts orientierten Medien - dominieren die indische Medienlandschaft (Maheshwari und Sparks, 2021). Gleichzeitig fährt die BJP um die Person Narendra Modi eine äußerst erfolgreiche Social-Media-Strategie. Durch die extreme Reichweite seiner persönlichen Social-Media Kanäle verbreitet Narendra Modi seine nationalistischen Ansichten direkt unter seiner Anhängerschaft und bindet sie dadurch nicht nur näher an sich, sondern hat darüber hinaus noch die Möglichkeit, sie weiter zu indoktrinieren (Rao, 2018). Zusätzlich unterhalten die BJP, der RSS und ihnen nahestehende Gruppierungen eine Internet Troll Armee, bestehend aus einer Masse an Accounts, welche gezielt hindu-nationalistische Inhalte in die Trends bringt und politische Gegner massiv attackiert. Dabei ist davon auszugehen, dass diese Medienstrategie bereits maßgeblich zum überwältigenden Wahlsieg Narendra Modis und der BJP im Jahr 2019 beigetragen hat (Bansal, 2019). Über die hier dargestellte Medienmacht kommunizieren die BJP und ihr

nahestehende Organisationen eine Vielzahl politischer Kampagnen gegen die muslimische Minderheit. Diese umfassen sowohl Verschwörungstheorien als auch Fake-News. Von den Kampagnen werden nun diejenigen vorgestellt, die in den Kontext dieser Arbeit am besten passen.

Muslim*innen als vorsätzliche Super-Spreader: Im Zuge der Corona-Pandemie im Frühjahr 2020 wurden über der BJP nahestehenden Medien und Social Media Kanäle Meldungen, Statements und digitale Inhalte mit dem Inhalt verbreitet, dass Muslim*innen durch ihr Verhalten gezielt Hindus mit dem Corona Virus anstecken würden. Dabei wurde sich der Verschwörungstheorie bedient, dass Muslim*innen durch ihren Kinderreichtum und andere Maßnahmen versuchen würden, die Bevölkerungsmehrheit zu übernehmen. Als Konsequenz daraus verhängten einige Krankenhäuser, Gemeinden und andere öffentliche Institutionen ein unrechtmäßiges Betretungsverbot für Muslim*innen (Banaji und Bhat, 2020).

Der „Love Jihad“: Im Jahr 2014 erschien in einer Kampfschrift des RSS die Titelstory „Love Jihad“. Dabei handelt es sich um eine bereits länger bekannte Verschwörungstheorie mit dem Inhalt, dass Muslime gezielt Hindu-Frauen verführen würden um sie zu heiraten und um dadurch die Hindus nach und nach aus der Mehrheit zu verdrängen (Gupta, 2016). Im Zuge dieser Kampagne wurden durch Funktionäre der BJP und des RSS muslimische Männer wiederholt als Vergewaltiger, Entführer und als sexsüchtig stigmatisiert. So sagte der Vorsitzende der BJP des bevölkerungsreichsten indischen Bundesstaat Uttar Pradesh beispielsweise: „Have they got a certificate to rape girls because they belong to a particular religion?“ (Verma, 2014). Die Erklärung für diese unterstellten Verhaltensweisen seitens muslimischer Männer wurde durch die Funktionäre der BJP und des RSS gleich mitgeliefert. Schuld an dem „lüsternen“ Verhalten seien der Fleischkonsum und insbesondere der Verzehr von Rindfleisch (Gupta, 2016). In diesem Beispiel besteht eine interessante Kombination aus Stigmatisierung der muslimischen Minderheit und einem elementaren eigenen kulturellen Wert, der Stellung der Kuh in der Hindu Religion. Hierbei ist der Bezug zu einem weiteren Prinzip der Hindutva offensichtlich. Unter der Prämisse „gemeinsame Sanskriti (Zivilisation/Kultur)“ werden Muslim*innen durch ihren Konsum von Rindfleisch, dem heiligsten Tier der Hindus, zu Feinden der Hindu-Kultur erklärt. Auch gibt es offene Drohungen seitens Vertreter*innen der BJP gegenüber Muslimen im Kontext der Verschwörungstheorie des „Love Jihad“. So sagte der Chief Minister des Bundesstaates Uttar Pradesh, dass während seiner Regierung „Beerdigungen beginnen werden“, sofern Muslime nicht aufhören würden, Hindu-Frauen zu heiraten (Werleman, 2021).

Organisation von Lynchmorden an Muslim*innen und Verbreitung von Tatvideos: Lynchmorde an Muslim*innen haben seit Amtsantritt der Regierung Modi stark zugenommen (Werleman, 2021). Dabei spielen Social Media Kanäle oft eine große Rolle. Online werden einzelne Muslim*innen des Kuhschmuggels, der Vergewaltigung von Hindu-Frauen oder anderer Taten bezichtigt. Dabei sind die Vorfälle zumeist frei erfunden oder bestehen zum Beispiel darin, dass ein Muslim eine Hindu-Frau heiraten möchte. Unter diesen Posts entstehen dann schnell Hasskommentare und Aufrufe zur Gewalt seitens des radikalen Hindu-Umfelds um die BJP und den RSS. Auch die Verabredung zur Lynchjustiz durch radikale Hindus erfolgt über Social Media. Sofern aus diesen Social Media Beiträgen reale Taten folgen, werden diese oft gefilmt und wiederum online veröffentlicht. Die Regierung unternimmt kaum etwas gegen die Verbreitung solcher Videos und auch die teilweise öffentliche Verabredung zu Lynchmorden wird fast nicht eingedämmt (Werleman, 2021).

Die realpolitische Komponente dieser Kampagnen umfasst eindeutig das Ziel, Gewalt gegen Muslim*innen zu fördern und zu normalisieren sowie die Stigmatisierung dieser Minderheit in der indischen Mehrheitsgesellschaft weiter zu manifestieren. Ebenfalls lässt sich hier vermuten, dass durch die nach und nach eintretende Normalisierung von Gewalt gegen eine Minderheit eine Abstumpfung der Gesellschaft beabsichtigt ist, sodass drastischere Schritte in Zukunft auf weniger Widerstand stoßen werden. Außerdem wird durch die Darstellung von Muslimen als Tätern die Rechtfertigung für Gewalt als gerechtfertigte Verteidigung gegen einen Feind forciert. Die Anonymität der Social Media Kanäle, über die diese Kampagnen teilweise laufen, ermöglicht es der BJP und dem RSS zusätzlich Vorgehensweisen zu wählen, welche nicht akzeptiert werden würden, wenn sie direkt von Amtsträger*innen innerhalb der Partei und der Regierung ausgingen. Durch die gelegentlich aus den Kampagnen entstehenden Gegenaktionen seitens der Stigmatisierten, welche ebenfalls zur Gewalt greifen, lassen sich weitere staatliche Maßnahmen gegen die muslimische Minderheit rechtfertigen. Es ist zu vermuten, dass hierdurch eine kontrollierte Gewaltspirale am Laufen gehalten werden soll, welche einerseits die muslimische Minderheit dauerhaft einschüchtert und im Falle von Gegengewalt zur Begründung drastischer staatliche Maßnahmen gegen Muslim*innen dienen soll.

Auf ideologischer Ebene vermischt sich hier ein gewaltsamer Kampf gegen den identifizierten politischen Feind im eigenen Land mit der eigenen Vorstellung eines Hindu-Staates. Marginalisierung und Stigmatisierung sind in den Augen der BJP und des RSS ein probates Mittel um eine Art Kulturkampf auf dem Weg zu einem Hindu-Staat zu führen. Der RSS und

die BJP werden hier zu dem, was Paxton als „massenbasierte Partei von entschlossenen nationalistischen Aktivisten“ bezeichnet. Die Aktivisten der BJP und ihres noch radikaleren paramilitärischen Arms, des RSS, haben auf der Grundlage der digitalen Massenmedien des 21. Jahrhunderts einen Kampf gegen die muslimische Minderheit begonnen. Hierbei fällt nicht nur das Element der inneren Säuberung auf, sondern auch die obsessive Beschäftigung mit der Opferrolle der Hindus und die übersteigerte Fokussierung auf das Verhalten von Männern. Letzteres gilt insofern nicht nur für die Stigmatisierung des muslimischen Manns als Täter, sondern auch bezüglich der Hindu-Männer, welche nach Paxton in „einer als erlösend verklärten Gewalt“ Hindus vor dem inneren muslimischen Feind zu schützen gedenken. Diese glorifizierte und übersteigerte Maskulinität findet zwar in der von Paxton verfassten Faschismusdefinition keine Erwähnung, jedoch ordnen andere Wissenschaftler*innen genau diesen männlich betonten Charakter dem Faschismus zu (vgl. Wippermann, 2011; Steffen, 2002; Bellasai, 2005; Mangan, 2014). Der RSS als klar männlich dominierte Massenorganisation (Andersen und Shridhar, 2019) sieht von der Perspektive seiner Hindutva-Ideologie ausgehend diese Gewalt gegen Muslim*innen als probates Mittel zur Verfolgung und schrittweisen Umsetzung seiner ideologischen Ziele.

Die Tempel-Moschee-Kontroverse von Ayodhya

Aufgrund der sehr langen und historischen Vorgeschichte dieser Tempel-Moschee-Kontroverse von Ayodhya zwischen Muslim*innen und Hindus erfolgt hier nur ein kurzer Abriss der wichtigsten Geschehnisse rund um diese Angelegenheit. Es wird dann, wie im Kontext dieser Arbeit vorgesehen, detailliert auf die Geschehnisse nach Narendra Modis Amtsantritt im Jahr 2014 eingegangen und die Affäre um Ayodhya mit dem politischen Handeln des amtierenden Chief Ministers Uttar Pradeshs Yogi Adityanaths verknüpft. Bis in die Mitte des 16. Jahrhunderts befand sich in Ayodhya im heutigen Bundesstaat Uttar Pradesh ein Hindu-Heiligtum des Gottes Rama. Nach der Eroberung durch das Mogulreich rissen die Mogulen den Tempel ab und errichteten eine Moschee. Diese stand dort bis zum Jahr 1992. Am 6. Dezember 1992 trafen sich tausende Hindu-Pilger, sogenannte kar sevaks, was „Freiwillige“ bedeutet, aus dem Umfeld des RSS und der mit ihm verbundenen Vishva Hindu Parishad (VHP), welche ebenfalls von Golwalkar mitbegründet wurde. Angemeldet war die Veranstaltung als symbolische Grundsteinlegung zur Wiedererrichtung eines Hindu-Tempels neben der bestehenden Moschee. Aufgrund völlig unzureichender Sicherheitsvorkehrungen der damaligen BJP-Regierung in Uttar Pradesh gelang es den Teilnehmenden schnell, die Polizeiabsperungen um die Moschee zu durchbrechen. Daraufhin begannen die radikalen

Hindus mit der Zerstörung der Moschee, indem sie die Moschee komplett niederrissen (vgl. Schied, 1993). Es wurde ein Untersuchungsausschuss eingerichtet, welcher 2009 in seinem Abschlussbericht zu folgendem Ergebnis kam: „Die gesamten Vorkommnisse wurden ausschließlich vom RSS, dem VHP und ihren Assoziierten, geplant und inszeniert.“ (152.2, Chapter 13, REPORT OF THE LIBERHAN AYODHYA COMMISSION OF INQUIRY).

Die strafrechtliche Verfolgung von Verantwortlichen verlief ebenfalls sehr schleppend und letzten Endes wurden begonnene Verfahren vor dem Amtsantritt Narendra Modis aus verfahrenstechnischen Gründen eingestellt (Pradhan, 2001). Auf juristische Vorgänge während der Regierung Modi wird im Folgenden noch eingegangen. Nachdem das oberste indische Gericht im Jahr 2017 eine Wiederaufnahme des Verfahrens angeordnet hat, sprach ein Sondergericht der indischen Bundespolizei Central Bureau of Investigation (CBI), welche der Regierung Modi direkt unterstellt ist, alle Angeklagten frei (Alam, 2020). Parallel zu diesen Entwicklungen wurde ein Rechtsstreit über die Frage geführt, was mit dem Areal in Ayodhya geschehen soll. Während die BJP und alle weiteren hindu-nationalistischen Kräfte den Bau eines Hindutempels ermöglichen wollten, setzten sich die muslimische Minderheit und ihre politischen Vertretungen für einen Wiederaufbau der Moschee ein. Am 9. November 2019 entschied der indische Supreme Court, dass auf dem traditionellen Bauplatz ein Hindutempel gebaut werden darf. Jedoch verpflichtete das Gericht die indische Zentralregierung, dem muslimischen Waqf-Rat ein flächenmäßig identisches Gelände für den Bau einer Moschee zur Verfügung zu stellen (Biswas, 2019). Somit kann die Entscheidung des Supreme Court als Kompromisslösung verstanden werden, mit der zwar keine Seite wirklich glücklich ist, aber das Gesicht von allen Beteiligten gewahrt werden konnte. Die Grundsteinlegung des Hindutempels erfolgte durch Narendra Modi im August 2020. Dabei sprach Narendra Modi davon, dass dieser heilige Ort „befreit“ worden sei (BBC, 2020). Der Zeremonie wohnte unter anderem der als möglicher Nachfolger Narendra Modis gehandelte BJP-Spitzenpolitiker und inzwischen wiedergewählte Chief Minister Uttar Pradeshs bei, der Hindu-Mönch Yogi Adityanath. Bei Adityanath handelt es sich um einen selbst innerhalb der BJP und des RSS als Hardliner wahrgenommenen Mann, welcher den größten indischen Bundesstaat im autoritären Stil regiert. Besonders aufgefallen ist er durch das Erlassen harter Gesetze gegen das Schlachten von Kühen, Gesetze zur Erschwerung der Eheschließung zwischen Angehörigen verschiedener Religionen und außerdem durch sein äußerst brutales Vorgehen gegen „Kriminelle“. Dabei wurde auf den Wahlkampfveranstaltungen der BJP die muslimische Minderheit auf das Übelste beschimpft und Redner riefen sogar öffentlich zur Ermordung von Muslim*innen auf (Schäfer, 2022).

Der politische Konflikt um den Tempelbau von Ayodhya hat auf der realpolitischen Ebene für die BJP und Modi vor allem einen wichtigen Aspekt: Es ist der Regierung gelungen, alle im Zuge der Niederreißung der Moschee beschuldigten Angehörigen des RSS und der BJP vor einer Verurteilung durch die Justiz zu bewahren. Das bedeutet, dass es der unabhängigen Justiz nicht möglich war, gegen den Widerstand der amtierenden BJP Regierung eine rechtsstaatliche Ermittlung gegen die damals Verantwortlichen einzuleiten. Damit hat die BJP eine Machtprobe gegen die unabhängige Justiz auf Bundesebene gewonnen, was den von der BJP wahrgenommen Freiraum für künftige Rechtsstreitigkeiten weiter vergrößern dürfte. Gleichzeitig bot sich für Modi mit dem Urteil des obersten Gerichtshofes im Jahr 2019 die Möglichkeit für eine starke Symbolpolitik im Zuge der Grundsteinlegung für den neuen Hindutempel. Die Thematik rund um den Tempelbau hat es der BJP außerdem erlaubt, bei den Regionalwahlen 2021 einen stark religiös aufgeladenen Wahlkampf zu führen und dadurch, unter der Führung eines ihrer prominentesten Hardliners, die Wahl in Uttar Pradesh gewinnen zu können (Schäfer, 2022).

Auf der ideologischen Ebene stellen die Entwicklungen während der zweiten Amtszeit Narendra Modis um den Ayodhya Tempel einen Triumph für die BJP und den RSS dar. Nicht nur ist es gelungen, durch gewaltsames, unrechtmäßiges Handeln am Ende straffrei einen feindlichen Akt gegenüber der muslimischen Minderheit auszuführen, sondern es ist gleichzeitig möglich gewesen, einen Präzedenzfall für die Umsetzung der Prinzipien der Hindutva zu schaffen. Das Prinzip des Ersetzens muslimischer Religionsstätten durch Hindu-Tempel steht im vollen Einklang mit der Schaffung eines Hindu-Staates. Durch die breite Unterstützung, die diese Politik und der autoritäre Regierungsstil Adityanaths in Uttar Pradesh seitens der Hindu-Mehrheitsbevölkerung in diesem so wichtigen Bundesstaat erfuhr, haben die BJP und die ihr nahestehenden Organisationen nun eine Blaupause für zukünftige Vorgehensweisen im ideologisierten Wahlkampf und für eine gewaltsame Umsetzung ihrer ideologischen Ziele, mit Rückhalt der Mehrheitsbevölkerung. Auch in diesem Fall liegt eine nach Paxton faschistische „obsessive Beschäftigung mit Niedergang, Demütigung oder Opferrolle einer Gemeinschaft und durch kompensatorische Kulte der Einheit, Stärke und Reinheit“ vor. Hierbei seien die Hindus im 16. Jahrhundert Opfer der muslimischen Mogul-Herrschaft geworden. Die Hindukultur sei dabei durch den Bau der Moschee von den muslimischen Eindringlingen eliminiert worden und nun gelte es, diese historisch demütigende Schmach durch die einheitliche Macht der ursprünglichen und damit reinen Hindu-Bevölkerung, welche die Moschee abrisst, zu tilgen. Hier ist der durch Paxton implizierte Minderwertigkeitskomplex innerhalb der Opferrolle und der obsessiven

Beschäftigung mit dem vermeintlichen Niedergang der eigenen Kultur, Rasse oder Nation offensichtlich.

Aufhebung des Autonomiestatus für Kaschmir

Bis 2019 existierte der Bundesstaat Jammu und Kaschmir. Dieser bestand aus der mehrheitlich von Hindus bewohnten Region Jammu, dem mehrheitlich muslimischen Region Kaschmir und dem mehrheitlich buddhistisch bewohnten Ladakh. Der Bundesstaat Jammu und Kaschmir war der einzige Bundesstaat Indiens mit einer mehrheitlich muslimischen Bevölkerung. Die um diese Territorien ausgetragenen Konflikte zwischen Indien, Pakistan und China, bekannt als Kaschmirkonflikt, und die Geschichte der Unabhängigkeitsbewegung in Kaschmir werden hier nicht näher erläutert, da dieser Konflikt in seiner gesamten Komplexität eigener Forschungsarbeiten bedürfen würde. Deshalb sollen hier nur die Geschehnisse nach der Auflösung des Bundesstaates und der Aufhebung des Sonderstatus der Region Kaschmir durch die indische Zentralregierung im August 2019 behandelt werden. Artikel 370 der indischen Verfassung in der Fassung vor dem 06.08.2019 gewährte dem Bundesstaat Kaschmir weitreichende Autonomierechte, welche dem Bundesstaat Gesetzgebungskompetenzen in kulturellen, familientechnischen und minderheitsbezogenen Bereichen bis hin zur eigenen Gestaltung des Wahlrechts für Regionalwahlen und das Recht auf eine eigene Verfassung gewährte (Osmańczyk, 2003). Am 6. August 2019 nahm das indische Parlament eine Gesetzesvorlage der Regierung Modi an, welche die Sonderrechte Kaschmirs aus der Verfassung streicht und den Bundesstaat in zwei Union Territories Jammu und Kaschmir und Ladakh aufteilt (3,4, Part II, THE JAMMU AND KASHMIR REORGANISATION ACT). Union Territories stehen unter direkter Verwaltung der Zentralregierung in New Delhi und werden von einem von dieser eingesetzten Lieutenant Governor regiert. Der Lieutenant Governor besitzt weitreichende Vollmachten und ist nur gegenüber der Zentralregierung rechenschaftspflichtig. Im Vorfeld dieser Gesetzesänderung entsandte die Regierung in New Delhi zehntausende zusätzliche paramilitärische Sicherheitskräfte in die Region (The Hindu Net Desk, 2019). Außerdem wurde das Kaschmir-Tal komplett von der Außenwelt abgeriegelt. Jegliche Kommunikationswege wurden abgeschnitten, ein Versammlungsverbot erlassen und omnipräsente bewaffnete Sicherheitskräfte patrouillierten im gesamten Gebiet Jammu und Kaschmirs (Jaleel et al., 2019). Gleichzeitig wurden nahezu alle muslimischen Regionalpolitiker*innen unter Hausarrest gestellt und prominente Persönlichkeiten präventiv in Haft genommen. Darunter befanden sich auch die ehemaligen Chief-Minister*innen des Bundesstaates Jammu und

Kaschmir Mehbooba Mufti und Omar Abdullah, wobei sie bis zu 14 Monate ohne Anklage präventiv in Haft blieben. Mufti wurde erst im Oktober 2020 wieder freigelassen (Hindustan Times, 2020). Die Einschränkungen der Kommunikation und insbesondere des Internets im Kaschmir-Tal blieben ebenfalls lange bestehen. Der Zugang zum LTE/4G Netz, welches die Grundlage für den Großteil des Informationszugangs für die Bewohner*innen darstellt, wurde erst über ein Jahr später, am 16.08.2020, nach einer Entscheidung des obersten indischen Gerichtshofes teilweise wieder freigeschaltet (Bukhari, 2020). Im Zuge dieser Ereignisse muss es im Kaschmirtal zu gewaltsamen Protesten und Auseinandersetzungen zwischen Demonstrierenden und Sicherheitskräften gekommen sein. Durch die totale Informationssperre ist darüber allerdings nicht viel bekannt geworden. Ein BBC Bericht zeigt massivste Polizeipräsenz und das Agieren eines drastischen Repressionsapparats im Kaschmir-Tal (Pandey, 2019). Die Zahl der in Kaschmir inhaftierten Personen stieg sprunghaft an und es existieren Berichte über Folter, nächtliche Razzien und Massenverhaftungen (TRTWorld, 2019). Der wahre Umfang an gewaltsamen Auseinandersetzungen, Verhaftungen, Menschenrechtsverletzungen seitens indischer Sicherheitskräfte und Armee lässt sich mit den aktuell zur Verfügung stehenden Quellen nicht ermitteln. Die internationalen Reaktionen auf diese Vorgänge in Kaschmir fielen besorgt bis bestürzt aus. Ebenfalls kam es rund um die Ereignisse in Kaschmir zu einer Vielzahl an Desinformationskampagnen und der Verbreitung von Fake-News in sozialen Netzwerken (Kaur, 2019). Pakistan rief als Reaktion auf die Abschaffung der Autonomie Kaschmirs eine Sondersitzung des Parlamentes und des nationalen Sicherheitsrates ein, stoppte den Großteil des Verkehrs und Handels von und nach Indien und reduzierte die diplomatischen Beziehungen mit New Delhi (Khan et al., 2019). Die durch gewaltsame Grenzzusammenstöße ohnehin schon angespannte Sicherheitslage an der Grenze zu China verschärfte sich durch das Handeln der indischen Regierung im Zuge der Änderung des Status von Kaschmir weiter. So sieht China in der Unterstellung der Verwaltung Ladakhs unter die Zentralregierung einen Angriff auf seine territoriale Souveränität, da China hier ebenfalls Gebiete für sich beansprucht (Reuters, 2019).

Mit der Aufhebung der Autonomie Kaschmirs gelang der Regierung Modi die Ausschaltung der stärksten und institutionell am meisten gefestigten muslimischen politischen Macht in Indien. Durch die Aufteilung in Union Territories stehen nun Millionen von Muslim*innen in einer äußerst konfliktreichen Region unter direkter Verwaltung der Zentralregierung in New Delhi. Das Regieren mittels Lieutenant Governors ermöglicht eine umso repressivere und rechtsstaatlich kaum zu regulierende Politik gegenüber den Menschen im Kaschmir-Tal.

Hinzu kommt, dass unter Verweis auf militärische Notwendigkeiten gegenüber China und Pakistan Einschränkungen elementarster Freiheitsrechte nun jederzeit möglich sind. Das Vorgehen der BJP auf Gesetzesebene und in Form der Maßnahmen der Sicherheitskräfte und der Einschränkung der Kommunikationsfreiheit in Kaschmir entspricht dem eines autoritären, gewaltbereiten Staates. Dabei ist festzuhalten, dass die indische Regierung ihre Ziele vollständig erreicht hat. Kaschmir steht nun unter ihrer direkten Kontrolle, das politische Gewicht der muslimischen Minderheit im eigenen Land ist massiv geschrumpft und es gab keinerlei aus Sicht der BJP nennenswerten Protest aus dem In- und Ausland. Die enge Zusammenarbeit zwischen der Regierung, der Armee und den Sicherheitsorganen im Vorfeld und nach der Gesetzesänderung zeigt, dass diese staatlichen Institutionen inzwischen die Politik der BJP voll mittragen. Folglich ist hier wieder die Komponente aus Paxtons Faschismusdefinition anwendbar, welche die Zusammenarbeit zwischen radikalen Kräften und traditioneller Elite als Faschismus beschreibt, da die indische Armee zweifellos Teil der traditionellen indischen Elite ist (Praval, 1987). Parallel dazu kann argumentiert werden, dass die Kaschmirpolitik der Regierung Modi Teil einer inneren Säuberung gegenüber der muslimischen Bevölkerung und dazu auch noch Bestandteil einer äußeren Expansion ist. Eine direkte Verwaltung der Regionen Kaschmir und Ladakh durch die Zentralregierung ermöglicht einen deutlich effizienteren Ausbau von Infrastruktur, welcher notwendig ist um die indischen Gebietsansprüche in der Region gegebenenfalls militärisch gegenüber Pakistan und China durchzusetzen. Somit ergeben sich hierbei im realpolitischen Handeln weitere Übereinstimmungen mit Paxtons Definition, auch wenn hier eher von der Vorbereitung einer äußeren Expansion die Rede sein muss. Gleichzeitig hat sich die Regierung Modi mit ihrem Vorgehen in Kaschmir die totale politische Kontrolle über den Teil Indiens gesichert, auf den die BJP über demokratische Wege niemals Zugriff bekommen hätte. Somit stellt Kaschmir für die BJP auch einen wichtigen Schritt dar, um die politische Macht in ganz Indien an sich reißen zu können.

Die Schaffung zweier Union Territories aus dem Bundesstaat Jammu und Kaschmir mit seinem Sonderstatus ist für die BJP ideologisch betrachtet ein Triumph. Sowohl die Idee des homogenen Hindustaaes Hindustan als auch die Marginalisierung der in Kaschmir lebenden muslimischen Bevölkerung passen in eine von der Hindutva geprägte und von der BJP verfolgte ideologische Denkweise. Die Möglichkeit, nun nahezu uneingeschränkte Macht über den politischen Feind auszuüben, ist aus der Perspektive der Hindutva natürlich ein wichtiger Schritt zur Umsetzung der eigenen politischen Mission. Die Art und Weise der Unterdrückung, welche die indische Regierung in Kaschmir ausübt, lässt bereits Züge dessen

erkennen, was sich zu einer gewaltsamen Vertreibung oder kulturellen Assimilierung der lokalen Bevölkerung ausweiten könnte, sofern die BJP die Hindutva Prinzipien weiter aktiv verfolgt. Es ist durchaus zu befürchten, dass in Form einer Art Neo-Kolonialismus durch die Ansiedelung von Hindus, durch noch gewaltsamere Unterdrückung der muslimischen Bevölkerung in Kaschmir, welche dadurch zur Flucht gezwungen wird, und durch ganzjährige Anbindung des Kaschmirtals durch neue Straßen- und Eisenbahnverbindungen ein langfristiger Plan zur Umgestaltung Kaschmirs seitens der BJP besteht (Zia, 2020). Die aktuelle Situation im indischen Teil Kaschmirs ähnelt aus muslimischer Perspektive aktuell eher der eines großen Gefängnisses (Farooq und Javaid, 2020). Es ist allerdings nicht absehbar, ob es einen langfristigen Plan der BJP im Umgang mit der muslimischen Minderheit in der Region gibt. Letztendlich ergibt sich aus der weitergedachten Logik der Hindutva eine mögliche „Hinduisierung“ der Region als finales Ziel. Die Frage, welche Mittel die BJP dafür einzusetzen bereit ist, lässt sich aktuell noch nicht beantworten.

Fazit

Aus der vorangegangenen Analyse lässt sich schließen, dass sowohl im realpolitischen Agieren der Regierung Modi als auch in den dahinter stehenden ideologischen Motivationen faschistoide Tendenzen identifizierbar sind. Dabei ist festzustellen, dass das realpolitische Agieren nicht so vollständig auf die in dieser Arbeit verwendete Faschismusdefinition zutrifft, wie dies bei der Untersuchung der durch die Hindutva geprägten Ideologie der handelnden Akteure der Fall ist. Der Grund dafür dürfte in erster Linie in der noch nicht unumschränkten Handlungsfreiheit der Regierung Modi zu identifizieren sein. Der noch immer weitestgehend unabhängige oberste Gerichtshof, die im Einzelfall vorhandene internationale Aufmerksamkeit und die Demografie Indiens erlauben es der BJP bisher nicht, ihre Politik uneingeschränkt und mit allen gewünschten Mitteln zu verfolgen. Die Demografie Indiens ist insofern ein Grund dafür, dass die Regierung Modi nicht komplett frei agieren kann, weil die tatsächliche Anzahl an muslimischen Bewohner*innen zu groß ist, um gegen sie offen und überall uneingeschränkt vorgehen zu können. Dennoch zeigt das Ergebnis der Analyse, dass die Regierung Modi weder vor Gewalt und Diskriminierung, noch vor übelster Verleumdung zurückschreckt, um ihre Politik gegenüber der muslimischen Minderheit durchsetzen zu können. Hierbei ist die Wahl der Vorgehensweise in erster Linie von der in der Situation gegebenen Opportunität abhängig. Sofern ein brutales, direktes und offenes Vorgehen wie im Fall Kaschmirs möglich ist, zögert die aktuelle indische Regierung nicht davor, diese Linie als Mittel der Wahl zu nutzen. Sollte dies nicht möglich sein, lässt sich ein Verhalten mit eher abwartender Haltung beobachten, wie es sich im Fall des Tempelstreites von Ayodhya gezeigt hat. Sobald sich aber wie nach der Entscheidung des obersten Gerichtes bezüglich des Tempelbaus für die aktuelle indische Regierung die Gelegenheit bietet, die eigene Agenda umzusetzen, so wird diese Gelegenheit unverzüglich genutzt.

Auf der ideologischen Ebene sind die faschistoiden Tendenzen im Rahmen der Analyse deutlich zu Tage getreten. Die Verwendung der Hindutva als ideologische Grundlage für alle im sogenannten Hindunationalismus vereinten Strömungen und Organisationen, einschließlich der BJP und des RSS, führen dazu, dass eine Ideologie mit einer unverkennbaren Nähe zum Faschismus die Agenda der indischen Regierung seit dem Jahr 2014 prägt. Nicht nur, dass die Hindutva in ihrer heute verwendeten Auslegung zeitgleich mit dem Erstarken faschistischer Bewegungen in Europa entstanden ist, sondern auch die offene Orientierung der Vordenker der modernen Hindutva Savarkar und Golwalkar an Personen wie Mussolini oder Hitler, sprechen Bände. Die Vision, welche die Regierung Modi langfristig

verfolgt, ist die eines homogenen Hindustaaes in den Grenzen der Gebiete, welche als Stammland der Hindukultur betrachtet werden. Dieser Staat kennt außerhalb von Hindus keine gleichberechtigten Bürger*innen und toleriert nur insofern assimilierte Andersgläubige, solange sie ihre Rechtlosigkeit innerhalb des Staates akzeptieren würden und sich in ihrer Lebensweise komplett an die Hindus anpassen. Diese Vision vereint Rassismus, den Gedanken der inneren Säuberung und Expansionismus mit einem Narrativ der eigenen kulturellen und ethnischen Überlegenheit. Aus diesem Grund ist die Ideologie der BJP klar als faschistoid einzustufen, wenn man Paxtons Faschismusdefinition als Vorlage zur Bestimmung dessen nimmt, was Faschismus ist.

Folglich kann im Rahmen dieser Arbeit die H0-Hypothese verworfen werden und die H1-Hypothese bleibt bestehen: Es sind faschistoide Tendenzen im ideologischen und realpolitischen Handeln der Regierung Modi im Umgang mit der muslimischen Minderheit seit dem Jahr 2014 identifizierbar.

Natürlich beschränkt sich dieses Fazit in seiner Gültigkeit auf den vorliegend untersuchten Umfang und erlaubt deshalb keine allgemeinen Beurteilungen des Gesamtverhaltens der indischen Regierung seit dem Amtsantritt Narendra Modis im Jahre 2014. Ebenfalls verbietet es sich, auf Grundlage der Erkenntnisse dieser Arbeit globale Aussagen über den Zustand der indischen Demokratie als Ganzes zu treffen. Allerdings sollten die innerhalb dieser Arbeit untersuchten politischen Vorgänge bei einer allgemeinen Einschätzung der politischen Situation in Indien nicht vollständig ignoriert werden. Ebenfalls ist deutlich geworden, dass weitere politikwissenschaftliche Forschung bezüglich der in dieser Arbeit behandelten Themen notwendig ist. Um die politischen Vorgänge in Indien während der Ära Modi besser verstehen und einschätzen zu können, wären vor allem akteurszentrierte Forschungsarbeiten hilfreich. Dieser Schluss ergibt sich insofern aus der hier durchgeführten Analyse, als eine Untersuchung der äußerst umfassenden Themenblöcke wie des Hindunationalismus als politische Strömung oder die muslimische Minderheit in Indien in ihrer Komplexität kaum innerhalb einer Forschungsarbeit erfassbar sind. Somit sollte die Aktualität der Geschehnisse in Indien sowie die große Diversität und Komplexität dieses Landes und seiner 1,4 Milliarden Bewohner*innen für die Politikwissenschaften Anreiz genug sein, sich intensiv mit Indien, seinen politischen Kräften und insbesondere der Regierungspartei und ihrer Ideologie zu beschäftigen.

Schluss

Die Regierung Modi hat seit ihrem Amtsantritt 2014 die politische und gesellschaftliche Landschaft Indiens bereits massiv verändert. Diese Veränderung verdeutlichen die geleistete Analyse sowie die innerhalb der Arbeit zitierten Quellen und wissenschaftlichen Arbeiten. Narendra Modi, seine Regierung und die weiteren hindunationalistischen Kräfte im Land stellen für die vorher säkular und demokratisch geprägte politische Landschaft Indiens eine große Herausforderung dar. Es ist leider nicht absehbar, dass Indien in baldiger Zukunft von seinem hindunationalistischen und, wie diese Arbeit zeigt, zumindest in Teilen faschistoiden Kurs abweichen wird. Die Macht der BJP im Land, sei sie demokratisch legitimiert oder über die Zentralregierung erzwungen, war noch nie größer und eine klare und starke Gegenbewegung ist nicht identifizierbar. Auch jüngste Ereignisse wie die Äußerungen der BJP-Politikerin Nupur Sharma, welche den Propheten Mohammed als Pädophilen darstellte (Mayroth, 2022), lassen für die Zukunft eine weitere Verschärfung des inneren Kampfes der hindunationalistischen Kräfte gegen die muslimische Minderheit in Indien vermuten. Es stellt daher eine Aufgabe für internationale Beobachter*innen und damit auch für die Politikwissenschaft dar, die weitere politische und gesellschaftliche Entwicklung in Indien genau zu verfolgen. Ebenso ist es notwendig, durch weitere und umfangreichere wissenschaftliche Arbeiten die Entscheidungen, Vorgehensweisen und ideologischen Hintergründe der Regierung Modi zu untersuchen und dadurch gegebenenfalls in der Forschung von der Einstufung der Regierung Modis und der BJP als „hindu-nationalistisch“ hin zu „hindu-faschistisch“ zu wechseln. Vor dem Hintergrund der in der Einleitung bereits erwähnten, von der westlichen Welt angestrebten Partnerschaft zu Indien als Gegengewicht zu China im indopazifischen Raum gewinnt die Thematik umso mehr an Aktualität.

Die jüngsten Äußerungen Sharmas haben auf internationaler Ebene und natürlich insbesondere in der islamischen Welt für einen Aufschrei der Empörung gesorgt (Mayroth, 2022). Allgemein scheint die internationale Aufmerksamkeit gegenüber dem Agieren der indischen Regierung gerade im Umgang mit Minderheiten und hinsichtlich ihrer ideologischen Agenda zu wachsen. Während es Narendra Modi bisher recht gut gelungen ist, das internationale Ansehen seiner Regierung und Indiens zu erhalten, dürfte es bei einer weiteren Verschärfung der innenpolitischen Situation schwierig werden, das Ausland auf Dauer zu beschwichtigen und von der eigenen durch die Hindutva geprägten Ideologie und Agenda abzulenken. Auch die von Narendra Modi soweit geschickt gestaltete Imagepflege im Ausland über die indische Diaspora in den USA und dem Vereinigten Königreich sowie die

Fokussierung auf Yoga und Spiritualität als nach außen kommunizierte Zentren nationaler Identität (Mazumdar, 2018) werden an ihre Grenzen kommen. Diese Grenzen werden spätestens überschritten, wenn in Indien Gewalt gegen Minderheiten sowie deren Diskriminierung und Marginalisierung unter und mit der BJP-Regierung fortgesetzt oder gar intensiviert werden.

Es bleibt zu hoffen, dass die letzten Anker der laizistischen, demokratischen Verfassung Indiens, welche inzwischen aus kaum mehr als dem obersten Gerichtshof bestehen, in der Lage sind, die BJP in ihre Schranken zu weisen. Dies wäre zumindest so lange der Fall, bis sich ein politisch einflussreiches und resilientes politisches Gegengewicht zur hindunationalistischen Vision der aktuellen Regierung bilden kann. Ob die zersplitterte und fast schon ohnmächtige indische Opposition in Politik und Gesellschaft dazu in absehbarer Zeit in der Lage ist, muss leider bezweifelt werden. In dieser Einschätzung ist noch nicht einmal ein weiteres Vordringen der BJP und ihrer Weltanschauung in die indische Mehrheitsgesellschaft, ein unrechtmäßiges Akkumulieren weiterer Macht durch die BJP und ihr nahestehende Kräfte oder gar ein gewaltsames Vorgehen gegen politische Gegner und selbstdefinierte Feinde auf Makroebene berücksichtigt. Abschließend bleibt festzuhalten, dass Indien sich politisch gerade an einem Scheideweg zwischen einer Demokratie und einer Autokratie mit Tendenzen zu einer Form des Totalitarismus befindet. Für welchen Weg sich die Mehrheit der Bevölkerung entscheidet, ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht absehbar. Jedoch ist es traurige Gewissheit, dass, wenn es der BJP und ihren Brüdern und Schwestern im Geiste gelingt, alle Hindus in Indien auf ihre Seite zu bringen, sie sich einer Mehrheit gewiss sein können. Es gibt wenige faktische Gelegenheiten,

die so gut geeignet sind, eine Demokratie von innen heraus abzuschaffen, wie eine Mehrheit innerhalb einer Demokratie und ihren Institutionen zu besitzen.

Literaturverzeichnis

- Akbar, Muqarrab* 2020: Rising Fascism in India: Case Study of Modi's Regime, in: *Journal of Indian Studies* 6: 2, 273-284, in:
http://pu.edu.pk/images/journal/indianstudies/pdf/10_v6_2_20.pdf.
- Alam, Mahtab* 2020: Special Court Acquits All 32 Accused in Babri Demolition Case. Among the accused were former deputy prime minister L.K. Advani, former Union ministers Murli Manohar Joshi and Uma Bharti and former UP chief minister Kalyan Singh., in: *The Wire*, 30.9.2020.
- Anand, Dibyesh* 2005: The Violence of Security: Hindu Nationalism and the Politics of Representing 'the Muslim' as a Danger, in: *The Round Table* 94: 379, 203-215.
- Andersen, Walter K./Shridhar D.* 2019: *Messengers of Hindu nationalism. How the RSS reshaped India*, London.
- Banaji, Shakuntala* 2018: Vigilante Publics: Orientalism, Modernity and Hindutva Fascism in India, in: *Javnost - The Public* 25: 4, 333-350.
- Banaji, Shakuntala/Bhat, Rham* 2020: How anti-Muslim disinformation campaigns in India have surged during COVID-19. Shakuntala Banaji and Ram Bhat (LSE) explain why hate and disinformation campaigns against Muslims in India have increased during the COVID-19 pandemic.
- Bansal, Samarth* 2019: How the BJP Used Technology to Secure Modi's Second Win. In 2017, Narendra Modi declared that the 2019 election would be fought on the smartphone — he was right, in: *Centre for International Governance Innovation*, in:
<https://www.cigionline.org/articles/how-bjp-used-technology-secure-modis-second-win/>;
13.6.2022.
- BBC* 2020: India PM Modi lays foundation for Ayodhya Ram temple amid Covid surge, in:
<https://www.bbc.com/news/world-asia-india-53577942>; 13.6.2022.
- Bellassai, Sandro* 2005: The masculine mystique: antimodernism and virility in fascist Italy, in: *Journal of Modern Italian Studies* 10: 3, 314-335.
- Bhardwaj, Arjun/Mishra, Sushanta K./Qureshi, Israr/Kumar, Kunal K./Konrad, Alison M./Seidel, Marc-David L./Bhatt, Babita* 2021: Bridging Caste Divides: Middle-Status Ambivalence, Elite Closure, and Lower-Status Social Withdrawal, in: *Journal of Management Studies* 58: 8, 2111-2136.
- Bhatia, Monish* 2021: State Violence in India: From Border Killings to the National Register of Citizens and the Citizenship Amendment Act, in: *BHATIA (Hrsg.): Stealing Time*, [S.l.], 171-196.
- BHATIA (Hrsg.)* 2021: *Stealing Time*, [S.l.].
- Bhushan, Bharat* 2021: Citizens, Infiltrators, and Others, in: *South Atlantic Quarterly* 120: 1, 201-208.
- Biswas, Soutik* 2019: Ayodhya verdict: Indian top court gives holy site to Hindus Published 9 November 2019, in: <https://www.bbc.com/news/world-asia-india-50355775>; 13.6.2022.
- Bukhari, Fayaz* 2020: India restores 4G internet services in parts of Kashmir, in: *Reuters*, 16.8.2020.
- Chandrachud, Abhinav* 2020: Secularism and the Citizenship Amendment Act, in: *Indian Law Review* 4: 2, 138-162.
- Chatterjee, Manini* 1994: The Bjp: Political Mobilization for Hindutva, in: *Comparative Studies of South Asia, Africa and the Middle East* 14: 1, 14-23.

- Choudhury, Angshuman/Rathgeber, Theodor* 2021: Ausländertribunale überall (64-66 Seiten / Südasien, Bd. 39 Nr. 2 (2019): Gandhi und das heutige Indien).
- Collins, T.* 1999: Return to manhood: the cult of masculinity and the British Union of Fascists, in: *The International Journal of the History of Sport* 16: 4, 145-162, in: <https://www.tandfonline.com/doi/pdf/10.1080/09523369908714103>.
- Communication, A. S. I. G. o. D.* (Hrsg.) 2018: Proceedings of the Internet Measurement Conference 2018, [Place of publication not identified].
- Express News Service* 2019: BJP leaders take out rally in support of Citizenship Act in Tirupati, target Congress. Addressing the rally, BJP national vice-president and former Madhya Pradesh Chief Minister Shivraj Singh Chouhan flayed Congress leaders for misleading people on CAA., in: *The New Indian Express*, 28.12.2019.
- Farooq, Muhammad/Javaid, Umbreen* 2020: Suspension of Article 370: Assessment of Modis Kashmir Masterstroke under Hindutva Ideology, in: *Global Political Review V: I*, 1-8.
- Friedberg, Rivee S.:* Discriminatory Citizenship Legislation and Migration: The Cases of Myanmar and India. *Discriminatory Citizenship Legislation and Migration: The Cases of Myanmar and India.* (Johns Hopkins University; USA).
- Frøystad, Kathinka* 2021: Sound Biting Conspiracy: From India with “Love Jihad”, in: *Religions* 12: 12, 1064, in: <https://www.mdpi.com/1385314>.
- Gencarella, Stephen O.* 2016: Thunder without rain: Fascist masculinity in AMC’s *The Walking Dead* (Band 7).
- GOTTLIEB, JULIE* 2011: Body Fascism in Britain: Building the Blackshirt in the Inter-War Period, in: *Contemporary European History* 20: 2, 111-136.
- Gottschlich, Pierre* 2021: Narendra Modi: Ein Populist an der Macht, in: Muno, Wolfgang/Pfeiffer, Christian (Hrsg.): *Populismus an der Macht. Strategien und Folgen populistischen Regierungshandelns*, Wiesbaden, 103-125.
- Guha, Ramachandra* 2008: *The history of the world's largest democracy. The history of the world's largest democracy*, London.
- Gupta, Charu* 2016: Allegories of “Love Jihad” and Ghar Vāpasī: Interlocking the Socio-Religious with the Political, in: *Archiv Orientalni* 84: 2.
- Human Rights Watch* 2019: *India: Deadly Force Used Against Protesters. Police Target Anti-Citizenship Law Demonstrators*, New York.
- Hussain, Ashiq* 2020: Mehbooba Mufti released after 14 months in detention, in: *Hindustan Times*, 14.10.2020.
- Jaffrelot, Christophe* 2015: The Modi-centric BJP 2014 election campaign: new techniques and old tactics, in: *Contemporary South Asia* 23: 2, 151-166.
- Jaffrelot, Christophe* 2019: Class and Caste in the 2019 Indian Election—Why Have So Many Poor Started Voting for Modi?, in: *Studies in Indian Politics* 7: 2, 149-160.
- Jaleel, Muzamil/Masood, Bashaarat/Akhzer, Adil* 2019: Kashmir Valley has seen many a lockdown but why this time it is so different. The Kashmir Valley’s connection with the inside and the outside world has been cut — all internet connectivity, cellular, landline, and cable TV services have been snapped., in: *The Indian Express*, 07.8.2019.
- Kalantry, Sital/Tarafder, Agnidipto* 2021: Death by Paperwork: Determination of Citizenship and Detention of Alleged Foreigners in Assam, in: *SSRN Electronic Journal*.
- Kaur, Amanpreet* 2019: Fact Check: Old, unrelated images shared as 'plight' of Kashmir after Article 370 revoked. India Today Anti Fake News War Room (AFWA) has found that the images are not recent. These images are from separate incidents and clicked in different years., in: *India Today*, 02.9.2019.

- Khalidi, Omar* 2001: Ethnic Group Recruitment in the Indian Army: The Contrasting Cases of Sikhs, Muslims, Gurkhas and Others, in: *Pacific Affairs* 74: 4, 529.
- Khan, Sanaullah/Siddiqui, Naveed/Sherani, Tahir* 2019: Pakistan suspends trade ties with India, asks Indian envoy to leave, in: *Dawn*, 07.8.2019.
- Laskar, Tahmina* 2019: Detention Centres in Assam Are Synonymous With Endless Captivity. Even though there is no apparent plan to deal with people deemed foreigners, inmates are detained, often in inhumane conditions., in: *The Wire*, 07.2.2019.
- Leidig, Eviane* 2020: Hindutva as a variant of right-wing extremism, in: *Patterns of Prejudice* 54: 3, 215-237.
- 2019: THE JAMMU AND KASHMIR REORGANISATION ACT. ACT NO. 34 OF 2019.
- Maheshwari, Swati/Sparks, Colin* 2021: Political elites and journalistic practices in India: A case of institutionalized heteronomy, in: *Journalism* 22: 1, 231-247.
- Mangan, J. A.* 2014: Superman Supreme: Fascist Body as Political Icon - Global Fascism.
- Mayroth, Natalie* 2022: Ärger um Propheten-Schmähung. Eine hindunationalistische Politikerin hat eine abfällige Bemerkung über den Propheten Mohammed gemacht. Nun gerät Indiens Regierung unter Druck., in: *taz*, 07.6.2022.
- Mazumdar, Arijit* 2018: INDIA'S SOFT POWER DIPLOMACY UNDER THE MODI ADMINISTRATION: BUDDHISM, DIASPORA AND YOGA, in: *Asian Affairs* 49: 3, 468-491.
- Medha/Rathgeber, Theodor* 2021: Indien: Heimstatt nur für Hindus? (21-24 Seiten / Südasien, Bd. 37 Nr. 1 (2017): Bestandsaufnahmen), in: *Südasien* 37: 1, 21-24, in: <https://crossasia-journals.ub.uni-heidelberg.de/index.php/sasien/article/view/16680>.
- Moore, Barrington* 1993: Social origins of dictatorship and democracy: Lord and peasant in the making of the modern world, Boston.
- Muno, Wolfgang/Pfeiffer, Christian* (Hrsg.) 2021: Populismus an der Macht. Strategien und Folgen populistischen Regierungshandelns, Wiesbaden.
- Neyazi, Taberez A.* 2020: Digital propaganda, political bots and polarized politics in India, in: *Asian Journal of Communication* 30: 1, 39-57.
- Noorani, Abdul Gafoor Abdul Majeed* 2000: The RSS and the BJP. A division of labour (Signpost : issues that matter, Band 3), New Delhi.
- Osmaczyk, Edmund J.* 2003: Encyclopedia of the United Nations and international agreements (Band 2), New York [u.a.].
- PAL, J./CHANDRA, P./VYDISWARAN, V. G. V.* 2016: Twitter and the rebranding of Narendra Modi, in: *Economic and Political Weekly* 58: 8, 52-60, in: <https://www.jstor.org/stable/44004416>.
- Pandey, Geeta* 2019: Inside Kashmir's lockdown: 'Even I will pick up a gun', in: <https://www.bbc.com/news/world-asia-india-49294301>; 14.6.2022.
- Pandey, Neelam/Arnimesh, Shanker* 2020: RSS in Modi govt in numbers — 3 of 4 ministers are rooted in the Sangh. Of 53 BJP ministers in Modi govt, 38 have a Sangh background. In Modi's first term, 41 of 66 BJP ministers who had taken oath in 2014 were from RSS., in: *The Print*, 27.1.2020.
- Paxton, Robert O.* op. 2006: Anatomie des Faschismus, München.
- Payne, Stanley* 2001: Geschichte des Faschismus. Aufstieg und Fall einer europäischen Bewegung, München.
- Payne, Stanley G.* 2014: History of Fascism, 1914-1945, Madison.
- Pradhan, Sharat* 2001: CBI court drops case against Advani, 20 others, in: *Rediff*, 04.5.2001.
- Praval, Major K.* 1987: Indian Army After Independence.

- Rao, Shakuntala* 2018: Making of Selfie Nationalism: Narendra Modi, the Paradigm Shift to Social Media Governance, and Crisis of Democracy, in: *Journal of Communication Inquiry* 42: 2, 166-183.
- Reifeld, Helmut* 2017: Gujarat 2002: Menetekel für Indien? (53-77 Seiten / Indien - Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, 2003: Indien - Politik, Wirtschaft, Gesellschaft).
- Reuters* 2019: China says India move on Kashmir violates its territorial sovereignty, in: *Dawn*, 06.8.2019.
- Roy, Souvik/Mukherjee, Milan/Sinha, Priyadarsini/Das, Sukanta/Bandopadhyay, Subhasis/Mukherjee, Abhik* 2021: Exploring the dynamics of protest against National Register of Citizens & Citizenship Amendment Act through online social media: the Indian experience.
- Saeed, M. S.* 2007: Caste System in India and its Impact on Politics, in: *Strategic Studies* 27: 1, 108-126, in: <https://www.jstor.org/stable/45242383>.
- Schäfer, Marini E.* 2022: Regionalwahlen in Indien: eine Nachlese Schwappt die Modi-Welle weiter ungebremst über die Republik?, in: *Länderbericht Indien*, in: <https://www.jstor.org/stable/pdf/resrep40445.pdf>; 13.6.2022.
- Schied, Michael* 1993: Die Evolution einer fundamentalistischen Bewegung im Hinduismus: Der Ayodhya-Konflikt, Berlin.
- Serhan, Yasmeen* 2019: When Is a Protest Too Late? The demonstrations against India's new citizenship law have had an emotional impact—but can they make a tangible one?, in: *The Atlantic*, 18.12.2019.
- Shahid, Rudabeh/Turner, Joe* 2022: Deprivation of Citizenship as Colonial Violence: Deracination and Dispossession in Assam, in: *International Political Sociology*.
- Sharma, Jyotirmaya* 2007: Terrifying vision. M.S. Golwalkar, the RSS and India, New Delhi.
- Staack, Michael/Groten, David* 2018: China und Indien im regionalen und globalen Umfeld (Schriftenreihe des Wissenschaftlichen Forums für Internationale Sicherheit (WIFIS)), Leverkusen.
- Steffen, Therese* 2002: Masculinities, Maskulinitäten. Mythos, Realität, Repräsentation, Rollendruck (M & P Schriftenreihe für Wissenschaft und Forschung), Stuttgart.
- The Hindu: India's religions by numbers*, in: *The Hindu*.
- The Hindu Net Desk* 2019: Jammu and Kashmir: A timeline of recent events, in: *The Hindu*, 05.8.2019.
- THE LIBERHAN AYODHYA COMMISSION OF INQUIRY* 2009: Chapter 13 The Assault on the Media (Abschlussbericht), in: <https://www.mha.gov.in/sites/default/files/LAC-Chap-XIII.pdf>; 13.6.2022.
- TRTWorld and agencies* 2019: India's Kashmir doctrine: Claims of torture, night raids, mass detentions. In a series of tweets, Shehla Rashid, a Jammu and Kashmir People's Movement leader claims Indian armed forces are conducting night raids, picking up boys and ransacking houses since India-administered Kashmir's autonomy was stripped two weeks ago., in: *TRTWorld*, 19.8.2019.
- Vanaik, Achin* 2002: Making India strong: The BJP-led government's foreign policy perspectives, in: *South Asia: Journal of South Asian Studies* 25: 3, 321-341, in: <https://www.tandfonline.com/doi/pdf/10.1080/00856400208723505>.
- Verma, Lalmani* 2014: BJP puts Uttar Pradesh campaign into gear, asks, 'does religion give them licence to rape?'. Shah was absent as BJP leaders focused on 'conversion of Hindu girls' and 'crimes of rape' under SP govt., in: *The Indian Express*, 24.8.2014.

- Wagner, Christian/Arora, Richa/Stiftung Wissenschaft und Politik* 2020: Indiens Ringen um die Staatsbürgerschaft, in: 1611-6364 2/2020, 4, in: <https://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/66894>.
- Wallace, Paul* 2020: India's 2019 elections. The Hindutva wave and Indian nationalism, Los Angeles.
- Werleman, C. J.* 2021: Rising Violence against Muslims in India Under Modi and BJP Rule, in: Resurgence of Anti Islam in the World 23: Spring 2021, 39-49.
- Widmalm, Sten* 1997: The Rise and Fall of Democracy in Jammu and Kashmir, in: Asian Survey 37: 11, 1005-1030.
- Wieland, Christina* 2015: The fascist state of mind and the manufacturing of masculinity. A psychoanalytic approach, New York.
- Wippermann, Wolfgang* 2011: Faschismus- Alte Theorie und neue Definition, in: https://faschismustheorie.de/wp-content/uploads/2011/08/Wippermann_Faschismus-Alte-Theorie-und-neue-Definition_2011.pdf; 05.6.2022.
- Wolf, Siegfried O.* 2009: Die Konstruktion einer kollektiven Identität in Indien : Vinayak Damodar Savarkar und sein Hindutva-Konzept. (Heidelberg University Library).
- Worth, Robert F.* 2018: The Billionaire Yogi Behind Modi's Rise, in: New York Times Magazine, 26.7.2018.
- Yadav, Tarun K./Sinha, Akshat/Gosain, Devashish/Sharma, Piyush K./Chakravarty, Sambuddho* 2018: Where The Light Gets In, in: Communication, A. S. I. G. o. D. (Hrsg.): Proceedings of the Internet Measurement Conference 2018, [Place of publication not identified], 252-264.
- Zia, Ather* 2020: The Haunting Specter of Hindu Ethnonationalist-Neocolonial Development in the Indian Occupied Kashmir, in: Development 63: 1, 60-66.